

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

32. Sitzung
15. April 2024

Beginn: 09.32 Uhr
Schluss: 12.17 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychcy (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Tobias Schulze (LINKE) greift auf, dass es einen Konflikt um ein Grundstück der FU Berlin gebe, das derzeit als Parkplatz genutzt und als Ort für eine Geflüchtetenunterkunft in Betracht gezogen werde. Was sei der Stand, wann dieses Gelände mit einem Gebäude für Forschung und Lehre bebaut werden könne?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) teilt mit, dass sie zu der Angelegenheit im Moment keine Kenntnis habe. Grundsätzlich müsse jeder Ortsteil in Berlin seinen Beitrag leisten.

Tobias Schulze (LINKE) teilt mit, dass die Frage als schriftliche Frage eingereicht werde.

Vorsitzende Franziska Brychcy hält fest, dass der Senat Informationen einholen werde.

Martin Trefzer (AfD) fragt für seine Fraktion:

"Die Veröffentlichung von Protokollen des Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts hat zu einer Debatte über die Aufarbeitung von Fehlern innerhalb des Wissenschaftssystems während der Corona-Pandemie geführt. Wie könnte eine Aufarbeitung von Feh-

lern innerhalb des Wissenschaftssystems während der Corona-Zeit nach Auffassung des Senats aussehen?"

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) weist zurück, dass es systematische Fehler im Wissenschaftssystem gegeben habe. Es sei Teil des wissenschaftlichen Prozesses, wenn älteres Wissen durch neue Erkenntnisse erweitert oder überholt werde. Die Politik habe auf Basis einer noch unsicheren und sich stetig weiterentwickelnden Faktenlage Entscheidungen treffen müssen. Insofern sei es wichtig, diese Entscheidungsprozesse und Entscheidungen zu reflektieren, um daraus lernen zu können.

Martin Trefzer (AfD) wirft vor, offensichtliche Fehler zu ignorieren. Beispielsweise seien die Interessen der Kinder und Jugendlichen nicht gut genug beachtet worden. Eine Aufarbeitung werde auch durch SPD-Politiker im Bundestag und der Wissenschaft gefordert. Mit welchen politischen Mitteln könne die Aufarbeitung unterstützt werden?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) stellt klar, sie habe geäußert, dass die Korrektheit der politischen Abwägungen selbstverständlich hinterfragt werden müssten. Das sei aber kein Fehler des Wissenschaftssystems, sondern der Politikberatung und der Politikentscheidungen.

Laura Neugebauer (GRÜNE) fragt nach, ob die Studierendenwohnungen, die seitens der WBM exklusiv an Studierende der Privathochschule European School of Management and Technology vergeben würden, weiterhin in Statistiken zum studentischen Wohnen geführt werden. Wenn ja, würden diese Wohnungen gesondert aufgelistet?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erläutert, dass öffentlich geförderte Wohnungen des Studierendenwerks und der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, die explizit als studentisches Wohnen ausgewiesen seien, in der Statistik aufgeführt würden. Angebote privater Unternehmen für Studierende seien wahrscheinlich nicht darin aufgeführt.

Laura Neugebauer (GRÜNE) weist hin, dass die WBM eine landeseigene Gesellschaft sei, bei deren Wohnbauprojekt dezidiert Wohneinheiten für studentisches Wohnen vorgesehen gewesen seien. Wie stelle der Senat sicher, dass zukünftig studentischer Wohnraum der WBM für alle Studierenden auch außerhalb von Privathochschulen zugänglich gemacht werde?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) führt aus, wenn es öffentlich geförderte Wohnungen seien, diese in der Statistik aufgeführt seien. Grundsätzlich sei es zu begrüßen, wenn Hochschulen Wohnraum für ihre Studierenden organisierten. Der Frage werde nachgegangen.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) berichtet, dass am 8. April ein Gespräch zum Thema Antisemitismus an Hochschulen mit dem Zentralrat der Juden, dem BMBF, der KMK und der HRK stattgefunden habe. Auch an kleinen Hochschulstandorten gebe es Probleme mit

Antisemitismus. Neben präventiven Instrumenten wie Gesprächsangebote, Stärkung der Forschung zur aktuellen Geschichte Israels und des Nahen Ostens seien das Ordnungsrecht und die Zusammenarbeit mit Sicherheitsorganen besprochen worden. – Außerdem habe eine Veranstaltung mit Vertretern/-innen der Hochschulen, der Gründungszentren und der im Bereich Transfer Tätigen der Hochschulen sowie Wirtschaftsvertretern/-innen stattgefunden. Das Projekt Unit Berlin solle gestärkt, sowie ein EXIST-Antrag der Berliner Hochschulen und Gründungszentren eingereicht werden. Dazu brauche es die Beteiligung der Wirtschaft. Geplant sei eine Plattform, wo verschiedene Partner unter erleichterten Bedingungen kooperieren könnte. – Das Einstein-Zentrum für Population Diversity mit einer 1 Mio. Euro Landesförderung sei unter Beteiligung der HU, FU, der BBAK, dem Wissenschaftszentrum, dem Demografiefor- schungsnetzwerk Population Europe und der Universität Oxford eingerichtet worden. Der wissenschaftlichen Direktor sei Dr. Gellert vom Institut für medizinische Soziologie und Re- habilitationswissenschaften der Charité. Erforscht werde das Thema Gesundheit und Un- gleichheit in sich verändernden Gesellschaften, was Gesundheit, Gerechtigkeit und Wissen- schaft verknüpfe. Eine aktuelle Fragestellung sei, wie sich Gesellschaft und Familie durch Zuwanderung, Alterung, neue Arbeits- und Beziehungsformen veränderten und welche Aus- wirkungen das etwa auf Ungleichheit und Bildung habe. Das Zentrum ermögliche interdiszip- linäre Kooperationen und sei ein gutes Beispiel, wie die Berliner Forschungslandschaft für akute Probleme des Landes nutzbar gemacht werden könne.

Tobias Schulze (LINKE) fragt nach, ob eine bundeslandübergreifende Vereinheitlichung des Ordnungsrechts angesprochen worden sei. Welche Position habe der Senat? – Sei geplant, die ASH beim Einstein-Zentrum einzubinden?

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, dass eine Vereinheitlichung nicht ange- sprochen worden sei. Das widerspreche auch der Zuständigkeit der Länder für deren Hoch- schulgesetze. – Eine Einbindung der ASH sei nach derzeitigem Stand nicht geplant.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Ordnungsrecht an Hochschulen – Änderung des
Berliner Hochschulgesetzes (BerHGG):
Handlungsnotwendigkeiten, rechtliche
Rahmenbedingungen, Handlungsoptionen**
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

[0116](#)
WissForsch

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Berliner Hochschulgesetz: Einführung des
Ordnungsrechts**
(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion
der SPD)

[0105](#)
WissForsch

zu a) und b): Anhörung

in Verbindung mit

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1572
**Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Berliner
Hochschulgesetzes (17. BerlHG-ÄnderungsG)**
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs auf
Antrag des Senats)

[0117](#)
WissForsch

und

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1438
**Jüdische Studenten besser schützen: Gesetz zur
Wiederherstellung des Ordnungsrechts an den
Berliner Hochschulen**

[0106](#)
WissForsch

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.